

musste er getrennt von seiner Ehefrau verbringen. Gnadengesuche wurden abgelehnt, obwohl er schwerkrank war. Die Briefe aus dem Gefängnis an seine Frau lassen das Geschehen nur erahnen, da sie durch die Zensur gehen mussten. Sie erfordern eine aufmerksame Lektüre. Die Broschüre möchte das Leben Paul Othmas in die Erinnerung zurückrufen und seinem Wunsch nach Rehabilitation posthum nachkommen.

- Nr. 18 „... auf deutsch sozialistisch zu denken ...“ – Mosambikaner in der Schule der Freundschaft
(Autorin: Uta Rüchel; Auflage: 1.200)

Von 1982 bis 1988 lebten ca. 900 Mosambikaner und bis 1990 ca. 300 Namibier am Rand von Staßfurt, einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt. Die Regierungen ihrer Heimatländer hatten gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart, aus ihnen „Kader“ zu formen. Für die Kinder bedeutete das ein Leben weit weg von Zuhause in einer vollkommen anders geordneten Gesellschaft. Die immer wieder von der Partei- und Staatsführung der DDR geforderte Solidarität mit den „Jungen Nationalstaaten“ diente zuerst der eigenen Legitimation. Eine wirkliche Solidarisierung und damit ein Austausch von Gedanken, Weltanschauungen und Kulturen war nicht eingeplant. So blieben sich die Gäste und die Staßfurter Bevölkerung bis auf wenige Ausnahmen fremd. Damit wurde die Chance einer Begegnung unterschiedlicher Kulturen versäumt.

- Nr. 19 „Man lebt sich auseinander“. Von der Schwierigkeit, Verwandte drüben zu besuchen
(Autorin: Jutta Gladen; Auflage: 1.200)

Als die DDR 1961 in Absprache mit der Sowjetunion ihre Grenzen schloss, wurden familiäre Beziehungen von einem auf den anderen Tag unterbrochen. Die Ministerien des Innern (Pass- und Meldewesen, Abschnittsbevollmächtigter, Abteilung Inneres) und für Staatssicherheit bestimmten fortan, wer sich sehen durfte und wer nicht. Sehr viele Mitarbeiter der verantwortlichen Bereiche des DDR-Staatsapparates haben daran mitgewirkt, dass sich Familien auseinander lebten. Sie selbst hatten wie viele andere Angestellte staatlicher Stellen um des Berufes willen unterschrieben, alle „Westkontakte“ abubrechen. In der Broschüre werden die damals geltenden Reiseverordnungen geschildert. Wie sie sich auf einzelne Menschen ausgewirkt haben, wird anhand ausgewählter Beschwerden und ihrer Bearbeitung deutlich. Die Folgen sind heute noch sicht- und fühlbar. Die Broschüre soll einen Beitrag zum Verständnis der Tatsache leisten, dass der Graben zwischen Ost- und Westdeutschland auch fast 12 Jahre nach der Maueröffnung nur schwer zu überwinden ist.

- Nr. 20 Die Andere Zeitung – Medium der Opposition in Magdeburg 1990
(Autor: Thomas Etienne; Auflage: 1.000)

Pressefreiheit und die Abschaffung der Zensur waren neben der Forderung nach Reisefreiheit bei den Montagsdemonstrationen des Herbstes '89 die meist genannten Wünsche. Die damals verteilten Sonderausgaben des Bezirksinformationsblattes des Neuen Forums waren schnell vergriffen und die Notwendigkeit einer eigenen Oppositionszeitung wurde immer deutlicher.

Ab Januar 1990 wurde aus dem einen Blatt „Die Andere Zeitung“, die DAZ. Wie es dazu kam und auch über das Ende berichten in dieser Broschüre die damaligen „Macher“. Die Zeitung, die mit großem Engagement erstellt wurde, gab es nur ein paar Monate. Wer sich aber erinnert, weiß wie dicht damals die Ereignisse beieinander lagen und wie groß die Aufbruchstimmung war. An diesem Gefühl hat die DAZ einen hohen Anteil. Sie informierte sowohl über Amtsmissbrauch und Korruption als auch über die Spuren des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben gab es Witz, Kultur und anderes mehr. Vieles wurde gesagt, was anderswo nicht zu lesen war. In der Stadtgeschichte sollten sie deshalb auf keinen Fall vergessen werden.

- o. Nr. Tod in der Spree. Zur Erinnerung an Klaus Schröter, erschossen auf der Flucht am 4.11.1963
(nur Internet-Fassung – Kopien werden erstellt)

Klaus Schröter wurde im Alter von 23 Jahren bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen, in Berlin erschossen. Als offizielle Todesursache wurde „Gehirnprellung“ angegeben, aber verschwiegen, dass diese durch einen Schuss verursacht wurde. Klaus Schröter stammte aus Friedersdorf bei Bitterfeld. Ein Bekannter der Familie bat die Landesbeauftragte über das Schicksal von Klaus Schröter die Öffentlichkeit im Umkreis von Friedersdorf zu informieren. Dieser Bitte wurde mit der Veröffentlichung nachgekommen und gleichzeitig stellvertretend damit an viele andere Menschen gedacht, die bei dem Versuch, die DDR zu verlassen, ums Leben kamen.

Informationen der Behörde

7. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1.500)

Anlässlich des „Politischen Stadtrundgangs“ im Rahmen der Veranstaltung **„Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“** (18.–20. Mai 2001) wurde der Stadtplan „Macht contra Zivilcourage – Zivilcourage

contra Macht. Halle an der Saale 1945–1989“ in Zusammenarbeit mit dem Verein „Zeit-Geschichte(n)“ e. V. und der Stadt Halle erstellt.

Gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung wurde zu o. g. Veranstaltung ein Tagungsband (Auflage: 2.500) herausgegeben. In ihm befinden sich die Vorträge und weite Teile der Diskussionen.

4.2. Veranstaltungen

4.2.1. „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“

Unter diesem Thema fand vom 18. bis 20. Mai 2001 in Halle die fünfte gemeinsame bundesweite Veranstaltung aller Landesbeauftragten mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, diesmal in Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt. An der Veranstaltung nahmen Gäste aus Weißrussland und Rumänien teil. Die Tagung wurde diesmal von der Behörde der Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt vorbereitet. Die 170 Teilnehmer informierten sich über die Projekte zur Aufarbeitung von kommunistischem Unrecht in Halle, so z. B. in der Gedenkstätte „Roter Ochse“, der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Georgenkirche zu den Ereignissen des Herbstes 1989. Daneben wurden die Möglichkeiten und Grenzen von Entschädigung und Wiedergutmachung diskutiert. Die anwesenden Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen verabschiedeten hierzu die „Hallenser Erklärung“. Diese forderte insbesondere eine Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze, die Beseitigung bestehender Defizite in diesem Bereich sowie eine Verbesserung der sozialen Lebenslage ehemals politisch Verfolgter.

Anlässlich der Tagung wurde das Faltblatt „Macht contra Zivilcourage. Halle an der Saale 1945–1989“ der Öffentlichkeit übergeben. Dieses Informationsblatt bietet die Möglichkeit zu einem politischen Stadtrundgang und ist das erste seiner Art in Sachsen-Anhalt. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Halle und dem Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. erstellt und von der Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt herausgegeben.

Die Veranstaltung wurde mit einer Gedenkminute auf dem Gertraudenfriedhof an einem Gräberfeld, auf dem die Urnen von in Torgau verstorbenen Häftlingen zu DDR-Zeiten anonym verscharrt wurden, beschlossen. Die Stadt Halle hat sich bereit erklärt, eine würdige Begräbnisstätte zu schaffen. Ein Gestaltungsvorschlag wurde von der Landesbeauftragten in Auftrag gegeben und auf der Tagung vorgestellt. Er fand die Zustimmung der Teilnehmer. Augenblicklich befindet er sich in Überarbeitung. Der endgültige Vorschlag wird zwischen der Stadt Halle und den Verbänden abgestimmt werden.

Nähere Informationen sind dem Tagungsband zu entnehmen, der in der Behörde der Landesbeauftragten zusammengestellt wurde und dort erhältlich ist.

Die Veranstaltung wurde vom Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. videodokumentiert.



oben: Podium mit Rolf Schwanitz, Heidi Bohley, Wolfgang Kusior und Marianne Birthler; unten: Blick ins Plenum (Fotos: Anja Siebeneicher)